

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Redaktionsdirektor  
Verantwortl. Schriftf. u. Druck: Dr. K. H. Müller  
Verantwortl. Schriftf. u. Druck: Dr. K. H. Müller  
Verantwortl. Schriftf. u. Druck: Dr. K. H. Müller

Verantwortl. Schriftf. u. Druck: Dr. K. H. Müller  
Verantwortl. Schriftf. u. Druck: Dr. K. H. Müller  
Verantwortl. Schriftf. u. Druck: Dr. K. H. Müller

Verantwortl. Schriftf. u. Druck: Dr. K. H. Müller  
Verantwortl. Schriftf. u. Druck: Dr. K. H. Müller  
Verantwortl. Schriftf. u. Druck: Dr. K. H. Müller

## Tributvereinbarung auf deutsche Kosten

### England für die französische Politik gewonnen

Paris, 12. Febr. Der „Matin“ erklärt in seiner heutigen Ausgabe, in der Unterredung des französischen Ministerpräsidenten mit dem englischen Botschafter habe man sich grundsätzlich über den Text einer Formel geeinigt, die die künftige Verlaugung der Lausanner Konferenz über die Reparationsfrage begründet, und die Wiederaufnahme der allgemeinen Verhandlungen zwischen den Mächtern und Deutschland auf den Juni anderräumt.

Diese Formel regelt nichts hinsichtlich des Abkommens, das für eine beschränkte Periode an die Stelle des Hoover-Memorandum treten soll, und auch nichts hinsichtlich der Gesamtheit des Reparationsproblems.

In allen wesentlichen Punkten, die kürzlich noch den Gegenstand der Verhandlungen der Sachverständigen bildeten, übernehme weder die französische noch die englische Regierung irgendeine Verpflichtung. Die Debatte werde also ungeschwächt der nächsten Konferenz vorbehalten bleiben. Nichtsdestoweniger weigerten sich die englische und die französische Regierung, und zwar im Rahmen und im Geiste des Kommuniqués von Washington, energisch, eine einseitige Kündigung des Youngplans durch Deutschland zuzulassen, mit anderen Worten: Frankreich und England seien zwar bereit, der Weltwirtschaftskrise Rechnung zu tragen und Deutschland provisorisch die Durchführung eines frei unterzeichneten Planes zu erlauben, aber jede weitgehende Entwicklung der allgemeinen Verhandlungen hinge immer noch von den Absichten Amerikas ab; die Reparationsfrage und das Problem der interalliierten Schulden blieben also eng miteinander verbunden.

Wie der Pariser Berichterstatter der „Times“ dazu meldet, wird der Wortlaut des Abkommens zwischen England und Frankreich erst nach Zustimmung der englischen Regierung veröffentlicht werden. England und Frankreich seien darüber einig, daß Deutschland nach dem 1. Juli nicht schlechtere Bedingungen auferlegt werden sollen als bisher. „Daily Mail“ meldet, daß sich weder England noch Frankreich auf eine bestimmte Politik festlegen wollten. Das Übereinkommen solle lediglich die Einberufung einer Konferenz vor, auf der unter anderem die „volle und dauernde Regelung der Reparationsfrage“ erörtert werden soll. Die Tatsache, daß man den Ausdruck „dauernde Lösung der Reparationsfrage“ gebraucht habe, scheine anzudeuten, daß

#### jeder Gedanke an eine Streichung der Reparationen ausgegeben

worden sei. Nach dem Bericht der „Morning Post“ soll zwischen der englischen und französischen Regierung schon ein Einverständnis über die Summe bestehen, die man bei einer endgültigen Reparationsregelung verlangen wolle. Man nehme an, daß die Franzosen hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Youngplans zufriedengestellt worden seien und daß andererseits dem englischen Standpunkt Zugeständnisse gemacht worden seien, wonach Deutschland auf mehrere Jahre von allen Zahlungen befreit werden solle.

### Die französische Gegenleistung

London, 12. Febr. Der Pariser „Times“-Korrespondent meldet: Sobald Sir John Simon die Pariser Reparationsvereinbarung gebilligt hat, werden Gespräche mit der deutschen Regierung durch Vermittlung des deutschen Botschafters in Paris folgen. Die britische Regierung hat dem Korrespondenten zufolge gegenüber den französischen Wünschen einen sehr verständlichen Geist gezeigt, und die französische Regierung sei für die Frage der hypothetischen Zollausfälle auf britische Rohstoffe entgegen gekommen.

Der Korrespondent hat hinzu, bei den Verhandlungen sei keinesfalls von einer „Einheitsfront“ gegenüber einer dritten Partei die Rede gewesen. Es werde übrigens noch erheblicher weiterer Vorklärungen bis zur Reparationskonferenz bedürfen.

Alle verschleienden Redensarten können den Eindruck nicht verwischen, daß zwischen London und Paris wieder einmal ein Handelsgeheimnis auf Deutschlands Kosten abgeschlossen worden ist. England erklärt sich mit der Verschleppung der Tributkonferenz einverstanden; noch mehr, es läßt die Forderung nach einer endgültigen Regelung fallen und schließt sich dem französischen Provisoriumvorschlag an, der für die Auspendauer Deutschlands gewisse Erleichterungen gewähren und dann das Youngsystem möglichst unverändert wieder in Kraft setzen will. Auch auf den Einwand, daß auf diese Weise die Weltkrise nie ein Ende nehmen, sondern unter dem Reparationsdruck nur verfrachtet wird, hat England verzichtet. Und was hat es für diese Preisgabe seiner bisherigen Politik eingehandelt? Einige Erleichterungen für seine Rohstoffeinfuhr nach Frankreich. So glaubt man heute noch Weltpolitik machen zu können! Aber so läßt sich das alles ausgedacht sein mag, das unumstößliche deutsche Klein gegen alle weiteren Tributforderungen wird auch durch diese laubere Rechnung einen Strich machen.

### Vorbereitung der leitenden Staatsmänner?

Genf, 12. Febr. Der italienische Außenminister Ciano hat am gestrigen Abend eine längere Unterredung mit dem

englischen Außenminister Simon gehabt, in der, wie von italienischer Seite mitgeteilt wird, eingehend die Stellung der Reichsregierung zur Tributfrage erörtert worden ist. In der Unterredung soll entsprechend den Verhandlungen, die während des Valentinstages des Reichsfinanziers in Genf stattgefunden haben, von neuem vereinbart worden sein, daß die Reparationskonferenz Mitte oder Ende Juni zusammentritt, daß jedoch vorher, möglichst bereits in einigen Wochen, eine Vorbesprechung der leitenden Staatsmänner der an der Reparationsfrage hauptbeteiligten Mächte in Genf stattfinden soll. Grandi soll in der Unterredung vorläufig seine Zustimmung zu diesem Vorschlag zum Ausdruck gebracht haben. Seine endgültige Stellungnahme wird jedoch erst erfolgen, nachdem er in Rom mit Mussolini diese Frage eingehend durchberaten hat. Heute nachmittags findet eine Unterredung zwischen Grandi und Staatssekretär v. Helldorf statt.

### Die Wilhelmstraße glaubt nicht an materielle Einigung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Febr. Zu den Meldungen, nach denen in der Reparationsfrage zwischen London und Paris bereits ein Abkommen auf der Basis einer weitgehenden materiellen Übereinkunft abgeschlossen worden sei, verläutet in der Wilhelmstraße, daß dort Informationen dieser Art nicht vorliegen. Man glaubt, daß eine materielle Einigung zwischen den beiden Staaten nicht erfolgt sei, sondern lediglich eine Vereinbarung über den Termin der kommenden Reparationskonferenz und den Tagungsort. Inwiefern bei dieser Vereinbarung der Wunsch Vater des Gedankens ist, muß dahingehalten werden.

## Noch Unsicherheit in der Präsidentschaftsfrage

### Verhandlungen rechts und links

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Febr. Mit einer Entscheidung in der Präsidentschaftsfrage dürfte, wie nun wohl feststeht, nicht vor Sonntag zu rechnen sein. Mit Nachdruck wird seit gestern in der Wilhelmstraße darauf hingewiesen, daß eine verbindliche Stellungnahme des Reichspräsidenten von Hindenburg noch nicht vorliegt. Dieser Dinsweis kann als Entgegnung auf verschiedene Pressestimmen gelten, nach denen der Generalsekretär seinen Entschluß bereits gefaßt habe oder gar am heutigen Freitag schon offiziell bekanntgeben wolle. Wahrscheinlich wird man im Reichspräsidentenpalast erst das Ergebnis der Sammelaktion des Sachverständigenausschusses abwarten, die bis Sonnabendabend läuft und bisher über 1500 000 Einzelstimmen zusammenzubringen vermochte. Auch der Rufkäuferbund ist entgegen verschiedenen Ankündigungen noch nicht aus seiner bisher bewahrenen Reserve herausgetreten; ein für heute erwarteter Hindenburgaufruf ist nicht erschienen. Wie von der Rufkäuferpresse mitgeteilt wird, ist für Freitag nicht mehr mit einem Schritt in dieser Richtung zu rechnen.

Mit begrifflichem Interesse verfolgt die Öffentlichkeit naturgemäß

#### die vertraulichen Besprechungen innerhalb der Dazburger Front

die für die künftige politische Entwicklung von großer Bedeutung sind. Am Donnerstag lauden sich die Herren Gille, Dugensberg und Major Wagner von der Bundesleitung des Stahlhelms zu einer Aussprache zusammen, die heute fortgesetzt wird. Ziel dieser Besprechung ist die Aufstellung einer Gemeinschaftskandidatur der Dazburger Opposition. Welche Pläne die einzelnen Dazburger Gruppen haben, läßt sich bei der sich ständig verändernden Lage schwer feststellen. Eine Entscheidung ist bisher weder für eine nationalsozialistische noch für eine deutschnationale Partei kandidatur gefallen. Bei einer eventuellen Differenzkandidatur würden sich wahrscheinlich Schwierigkeiten in der Staatsangehörigkeitsfrage ergeben. Nicht ungewichtige Bestrebungen gehen dahin, den Kandidaten der Dazburger Front nicht einer der angeschlossensten Parteien zu entnehmen, sondern eine Persönlichkeit zu nominieren, für die gleichermachen die Nationalsozialisten wie die Deutschnationalen, der Stahlhelm, die Vereinten Vaterländischen Verbände und die zahlreichen politischen Gruppen der Halbtage ihre Stimme abgeben könnten.

Obwohl es partiell nicht zugegeben wird, hat sich gestern

#### die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

doch mit großer Ausführlichkeit mit der Frage der Präsidentschaftswahl befaßt. Man hat dabei intern die Feststellung getroffen, daß für den Fall der Hindenburgkandidatur ein sehr erheblicher Prozentsatz der Sozialdemokratischen Partei selbst dann nicht an die Wahlurne gebracht werden könne, wenn die Parteiführung offiziell die Hindenburgpartei ausgeben sollte. Das ist nicht zuletzt auf den

### Politische Zusammenstöße in Berlin

Planmäßige kommunistische Störungaktion

Berlin, 12. Februar. Die Kommunisten haben am Donnerstagabend versucht, die sämtlichen 23 in Berlin von der NSDAP veranstalteten Erwerbslosenversammlungen nach einem anscheinend genau festgelegten Plan zu stören. In den meisten Fällen waren die Säle bereits lange vor Beginn von den Kommunisten besetzt. Weilsch wurden die Nationalsozialisten auf dem Wege zu den Versammlungsorten überfallen. In anderen Fällen kam es während und nach Schluß der Versammlungen zu Schlägereien. Die Zahl der Verletzten ist auch nicht annähernd festzustellen, da die leichter Verwundeten von ihren Anhängern mitgenommen wurden. Die Mehrzahl der Versammlungen mußte polizeilich aufgelöst werden.

### Grzejinski droht mit Versammlungsverbot

Berlin, 12. Febr. Der Polizeipräsident hat folgendes Schreiben an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und Kommunistische Partei gerichtet: „Die Vorgänge in den letzten Tagen haben erkennen lassen, daß von Seiten Ihrer Parteigangeblichen planmäßig öffentliche Versammlungen anderer Parteien gesüßert und die Abhaltung der Versammlungen zum Teil unmöglich gemacht worden ist. Sollten sich diese Vorgänge wiederholen, so sehe ich mich genötigt, zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung die öffentlichen Versammlungen, die von Ihrer Partei beabsichtigt werden, vorwiegend zu verbieten, da erwartet werden kann, daß durch das Abhalten Ihrer Versammlungen weitere Gefahren für die öffentliche Sicherheit eintreten werden.“

### Selbte zur Präsidentschaftswahl

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Febr. Zur Präsidentschaftsfrage liegt jetzt eine bemerkenswerte Äußerung von autoritativer Stahelhelmsseite vor. Der Stahlhelmsführer Selbte sprach gestern in einer Versammlung in Altona u. a. auch über die Reichspräsidentenwahl und über die Dazburger Front. Selbte erklärte, es sei sehr bedauerlich, daß Hindenburg seinen früheren Wählern, den Frontsoldaten, die Wahl so schwer mache. Am Mittwoch hätte eine deutliche Aussprache stattgefunden. Es sei jedoch nicht zu einer Einigung gekommen. Es würde aber versucht werden, eine anständige Lösung zu finden. Man werde sich mit den Führern der nationalen Opposition noch einmal besprechen und werde dann noch einmal an den Reichspräsidenten herantreten. Der Stahlhelm verusche es zu ermöglichen, daß Hindenburg nicht als Exponent des heutigen Systems erscheine.

#### Unser neuer Roman

## Die Rechlburg brennt

von LUCY CORNELSEN

beginnt in dieser Nummer









